

Per Fax an 02051-945-200

**Amtsgericht Velbert
16 M 590/18**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

Velbert, 16.Juli 2018

16 M 590/18

Zurückweisung der Justizkostenforderungen wegen
Missbrauch deutscher Justiz durch und zum Schutz staatlicher Täter in
einem Rechtsstaat sowie der skrupellosen Durchsetzung mit einem
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
nach verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer
erdrückenden Beweislage gegen

politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

mit Zerschlagung der Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

mit Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
hier mit Bezug zu Kosten der 2.Instanz (Prozesskostenhilfe in
1.Instanz) aus den Verfahren der sofortigen Beschwerden am
Oberlandesgericht Düsseldorf

von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)

und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

Hier: Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 (eingegangen am
05.07.2018) und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der
Zwangmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

02. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist Teil eines **teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation** seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.**

03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010. Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems**

04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen in krassem Widerspruch zu
> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten als Zeugen:
Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt zu den Zusammenhängen von gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010 zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert:
Alle Indizien zeigen den eindeutigen Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1) unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3) Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind

06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:
Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz Daher sofortige Beschwerde mit Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen: Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa muss bis heute den Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem ertragen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
mit Zerschlagung der Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik
Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen
aus Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender
Gerichtsverfahren zu den beschriebenen Vorgängen**

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der Internet-Doku mit
Unterstützung der Internet-Zugriffe:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Zu 01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die Durchsetzung der Justizkostenforderungen mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss auf dem Pfändungsschutzkonto des Beschwerdeführers, der zum Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung deutscher Justiz gemacht wurde, macht das Opfer zum Täter. In einem Rechtsstaat bezeichnet man solche Opfer als **Justizopfer**.

In einem teuflischen Unrechtssystem geht das so:

Mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage (massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG) gegen **politisch motivierte Zerschlagungen**

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

werden Staatshaftung für Schadenersatz in 2-stelliger Millionenhöhe und öffentliche Rehabilitierung verhindert, das Justizopfer wird für die verheerenden Folgewirkungen staatlicher Übergriffe (mit staatlich erzwungener Altersarmut) zur Verantwortung gezogen, das Vollstreckungsgericht lässt einen 4-Mann-Polizeitrupp gegen einen 77-jährigen Rentner im Schlafanzug anrücken und ist nach Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft und anschließender verschärfter Isolationshaft tatsächlich in der Lage, eine Erfolgsmeldung über die Erziehung von 180 € zu machen, auch wenn dabei Grundrechte verhöhnt werden.

In einem Rechtsstaat ist so etwas nicht möglich. Justizkosten muss der bzw. müssen die Täter übernehmen. Das Opfer ist nicht der Täter. Die Täter sitzen nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in Berlin (Bundesregierung, Zerschlagung 1) und in München (Bayerische Staatsregierung, Zerschlagung 2) und in Köln / Mainz (Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Zerschlagung 3)

Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer ist der einfachste, aber falsche Weg. Ein weisungsgebundener Staatsanwalt muss eine entsprechende Weisung nicht direkt aus Berlin oder München erhalten. Dafür gibt es in jedem Bundesland einen Generalstaatsanwalt, sodass entsprechende Weisungen schwer nachweisbar sind. Das beklagte Bundeskanzleramt und die beklagte Bayerische Staatsregierung sind weisungsbefugt. Der Rechtsstaat bleibt auf der Strecke. Aus diesem Grund ist das Bundesverfassungsgericht längst gefordert. Das Opfer wird sich auch weiterhin mit Verfassungsbeschwerden über Verstöße gegen das Grundgesetz wehren.

Die Justizkostenforderungen betreffen hier sofortige Beschwerden an die 2.Instanz (Prozesskostenhilfe in 1.Instanz)
das Oberlandesgericht Düsseldorf, dem völlige Untätigkeit bei Bearbeitung der sofortigen Beschwerden in den Verfahren zu Zerschlagung 1 und 2 bestätigt werden muss:

I-18 W 48/16 (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal, Zerschlagung 1)
I-18 W 48/16 (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal, Zerschlagung 2)
Zu Zerschlagung 3 wurde ein neues Klageverfahren in 2018 vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) eröffnet.

Wenn soziale Marktwirtschaft (was darunter auch immer zu verstehen ist) mit politisch motivierten Zerschlagungen (kriminell, weil ohne Rücksicht auf Menschenleben)

zur politisch motivierten Sippenzerschlagung degeneriert und auch der deutsche Staat erheblichen Schaden nimmt, dann ist etwas faul am gesamten System. Dann müssen und sollten sich Amtsgerichte und Vollstreckungsgerichte zurückhalten und nicht auch noch gegen die zerschlagenen Opfer mit Missbrauch von Staatsgewalt vorgehen.

Das Opfer beklagt den Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen. Aus diesem Grunde hat es im Monat Januar 2018 eine im Zusammenhang mit Zerschlagung 3 darauf fokussierte Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 und andere vorgenommen:

Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

und

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Bevor ein Vollstreckungsgericht tätig wird, ist rechtliches Gehör für eine erdrückende Beweislage in der Verfassung vorgeschrieben:

Das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter

Beweisunterlagen, (z.B. in Zerschlagung 1)

von qualifiziertem, umfangreichem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in dicken ELBA-Ordern 0, 1, 2, 3, 4 und in separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen mit mehreren 100.000 Exemplaren.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Das Justizopfer hat **mehrere** 100.000 ISBN-nummerierte Congressbände mit Eigenfinanzierung zum Aufbau der Digital-Branche zur Verteilung gebracht.

Deutschland hat ein Problem:

Bei Weltklasse-Höchstleistungen drohen dem Leistungsträger politisch motivierte Sippenzerschlagung, staatlich erzwungene Altersarmut mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, brutale Polizeigewalt gegen Rentner mit anschließender Isolierhaft, inzwischen beim Bundesverfassungsgericht aktenkundig:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Zu 02. Gerichtsverfahren

16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist Teil eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer gigantischen Umverteilungspolitik,

erzwungen durch groben Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit massivem Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (massiver Verstoß gegen Regulierungsziele nach §2 Abs.2 TKG), unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte

gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse**

ONLINE'91 auf Einladung des Justizopfers, selbst das Thema seiner Rede war von ihm in Abstimmung mit einem Congressleiter vorgeschlagen:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war auch zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist Ministerpräsident Gerhard Schröder **ohne Mitteilung nicht erschienen**, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben. Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche Digital-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit

zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen der innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese

Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der

deutschen DIGITAL-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der Digital-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse

unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der

bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung und Ausgrenzung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers**

irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet, ein Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe zugefügt.

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das

größte Milliardengrab aller Zeiten, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war:

Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im

Bundeshaushalt 2000 / 2001, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland.

1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist internationaler Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.**

Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik >

deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:

deutsches Regierungsnetz ist Trainingsplatz für russische Hacker,

Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung (Ausgrenzung pur!): nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005

> **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005

> **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
> **Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum** – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
> **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
> **Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze:** Neubeginn für Leistungsträger
des Mittelstands
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
> **Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende**
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage zu Zerschlagung 1 und 6 durch die Congressmesse-
Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst
qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde in 2014/2015 vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

Das Opfer hat **mehrere** 100.000 ISBN-nummerierte Congressbände mit
Eigenfinanzierung zum Aufbau der Digital-Branche zur Verteilung gebracht.
Aus heutiger Sicht: Die Congressse waren 30 Jahre der deutschen Wirklichkeit
voraus. Deutsche Wissenschaftler sterben, bevor sie die Umsetzung ihrer
Visionen erleben können. Nur ein Beispiel:

Künstliche Intelligenz wird von der Politik 2018 als die Zukunftsperspektive
gepriesen und inzwischen in China eingekauft. Unter der Leitung von
Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich fand auf der vom Justizopfer
durchgeführten Europäischen Congressmesse KOMMTECH'87 (1987) der
internationale Congress VI mit 4 ganztägigen Symposien statt:
**Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem
Prüfstand.**> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Der Congressleiter ist jetzt im April 2018 in Leipzig verstorben
> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Künstliche Intelligenz war ein Dauerthema auf den Europäischen
Congressmessen des Justizopfers unter Leitung einer Reihe von herausragenden
Wissenschaftlern, angefangen von
Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Informatiker der ersten Stunde und Mitbegründer
der **Künstlichen Intelligenz**
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

bis zu

Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Wolfgang Wahlster, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003, Technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer und Vorsitzender der Geschäftsführung des Deutschen Forschungszentrums für **Künstliche Intelligenz**
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Umverteilung kann nicht darin bestehen,

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend von einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber (Bundeskanzleramt) und von Obergerichtsvollziehern (Vollstreckungsgerichten) ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird.
Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte Zerschlagungen 1 bis 6), Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen (Frontalangriff auf deutsche Grundrechte) erfordert längst den Eingriff des Bundesverfassungsgerichts.

Verantwortlich ist nicht das Opfer, sondern der staatliche Täter, verantwortlich für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

Missbrauch deutscher Justiz ist definitiv bei politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Ausuferung zu bekämpfen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

**Zu 03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches
Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts**
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
**Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller
Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft**
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems**

Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des
Justizopfers seit 2010:

- > **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
- > **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
- > **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Mitwisserschaft mit medialer Rundfunksperre, Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
- > **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung deutscher Justiz wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut
- > **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung im Wiederholungsfall mit anschließender Isolationshaft, mit Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung
- > **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, **bis dato ohne rechtliches Gehör zu Antrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**
- > **Zerschlagungswende? Kein Weiter so !**
Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz ?
mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt** zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.**

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit massiven Verstößen gegen das Telekommunikationsgesetz nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt mit psychischer und sozialer Zerschlagung.**

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör.

Gegen eine Mauer des Schweigens!

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach mehrfachen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit massiven Verstößen gegen das Telekommunikationsgesetz und verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1, mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach langjähriger, seit 1998 intensiver Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012), mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)
wegen Fortsetzung der Zerschlagung in NRW mit erdrückender
Beweislage

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher
Rundfunkanstalten,
**wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung,
wegen Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender
Kommunikationsverweigerung seit 2007**

**Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu
politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter
Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks
trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR
trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch
Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei,
trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht,
Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler
Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des
Klägers**

Verwaltungsgerichtliche Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf
seit 2013 (27 K 5854/13) und neuer Klage in 2018 (27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
(Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen
verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für
finale Zerschlagung infolge

staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

**Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen
mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch
verursachten Altersarmut, mit der dadurch verursachten
Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,
mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und
Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig:**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des
staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche
Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte,
mit beklagtem Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer und wiederholter Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen jahrelanger staatsanwaltschaftlicher Verfolgung

Extremistische Ausuferung von schikanierenden

„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 mit Fortsetzung in 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin

Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens,

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter

Verantwortung der deutschen Bundesregierung,

erzungen mit verheerenden Folgewirkungen infolge

mehrfachen Missbrauchs der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster

Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger

Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-

rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der

verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

Eskalation zu bundesweiter Sippenzerschlagung: Staatliche

Frontalangriffe auf

deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf

rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

**Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin,
27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Erinnerung an Umsetzung von
**angemessener Rehabilitation, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

**Zu 04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
in krassem Widerspruch zu
> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten
als Zeugen:
Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa
**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten
am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von
gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden
zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)**

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener, öffentlicher Rehabilitierung und professionellem
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit
**Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz
und Innovationswachstum ist möglich.**
**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa:** Am Verwaltungsgericht in Berlin
(27.Kammer, VG 27 K 308.14) in Anlage 18-06 mit den
Dokumentationen DOK-03 (hier aus Internet-Doku) vorgelegt:

DOK-03-01

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident
der Bundesrepublik Deutschland**

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den
Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

**Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik
Deutschland,**

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-03

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1981-1988)

Dr. Klaus von Dohnanyi, Schirmherr der Europäischen Congressmessen ONLINE'86, ONLINE'87 und ONLINE'88 (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg bis 1988, danach Dr. Henning Voscherau, 2016 verstorben)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

DOK-03-1

ONLINE 2001: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für
Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE
1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„**Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend**“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„**Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**.“

„**Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

**EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

**über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999**

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

**Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse
ONLINE2000/2001**

Bundesminister Dr. Werner Müller < nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, weil >

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

u.v.a.m.

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa.**

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei
der Risikobeherrschung in der Digitalisierung. Verlust digitaler Sicherheit ist die
Folge.

Nicht versagt haben herausragende Persönlichkeiten,

die mit ihrer Mitwirkung die Weltklasse-Höchstleistung des Justizopfers anerkannt
und gefördert haben, weil ihnen die digitale Spitzenstellung Deutschlands im
globalen Vergleich wichtig war.

Deutsche Justiz gehört nicht dazu, sie ist längst Teil einer schlimmen
Entwicklung, mit der Leistungsträger zum Justizopfer gemacht werden:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Von der Leistung des Veranstalters waren überzeugt und aktiv beteiligt: z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und
später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und
Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988 (verstorben 2006 in Berlin)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der
Bundesrepublik Deutschland, **Eröffnungsredner** auf der 5.Europäischen
Congressmesse KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980 (verstorben 2006 in Ettlingen, siehe Kapitel 5)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>
> > > Scroll down

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987 (verstorben 2004 in Baden-Baden)
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92 (verstorben 2016 in Stuttgart)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem **verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China**,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995 (verstorben 1999 in Bad Tölz)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“
„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE1997 (verstorben 2009 in Beersel / Belgien)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001 (verstorben 2008 in Düsseldorf)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesensysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz, Preisträger des **Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten**, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 **Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999

> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, aber **nicht** ohne qualifizierte Dokumentation, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit, über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.
Angemessene Würdigung und Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes des Justizopfers mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
anstatt Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und verschärfter Isolationshaft für 180 € durch eine skrupellose, vom beklagten Bundeskanzleramt angewiesene Staatsanwaltschaft, ist der Rechtsanspruch des Justizopfers auf öffentliche Rehabilitierung mit europäischem Bezug in einem teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem in Deutschland!

Angesichts dieser Zeugen hat das Zerschlagungsopfer beantragt:
Zeugnis des Bundespräsidenten.

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005), verantwortlich für Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit anschließenden Missbrauch verheerender Folgewirkungen für.
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung.

Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten nicht nur am Verwaltungsgericht Berlin gestellt (Zerschlagung 6), sondern auch am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3)

mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in 2018 (27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Unverzichtbar ist der juristische Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit Schadenersatz mit großem Nutzen für Deutschland und Europa.

Die Notwendigkeit von mehr Transparenz ist zunehmende Erkenntnis neuer europäischer Politik, wie mit dem "EU whistleblower protection law" zur Umsetzung in den nationalen Mitgliedstaaten vorgegeben wird.

**Zu 05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert:
Alle Indizien zeigen den eindeutigen Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1)
unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind**

Der Exzess einer äußerst brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung ist die Folge einer seit langem angelegten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, die inzwischen ein Menschenleben gekostet hat, kapitale Schäden verursacht hat und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe aufgrund einer staatlich erzwungenen Altersarmut weitere Exzesse der sozialen und psychischen Zerschlagung wie Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft / Isolationshaft u.a.m. (**Zerschlagung 4 und 5**) generiert, die das Justizopfer mit Gerichtsverfahren seit 2010 gezwungenermaßen erkennen, beweisen und so sein Lebensende trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen verbringen muss.

Nur mit Missbrauch deutscher Justiz ist dies alles möglich; dieser Missbrauch ist verfassungswidrig, Widerstand ist ein grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG (Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist).

Das Justizopfer hat mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 eine **neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Zerschlagung 3)** beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) eingereicht
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Kapitel 118. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Intendanten

des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Antwort Fehlanzeige

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks:

Rundfunk- und Fernseh-Sperre

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungsschlusslicht in Europa gemacht hat,

an Schikanie mit diskriminierenden Bescheiden,

an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen

Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit

Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

Beweis durch Vorlage dieser Schreiben

Kapitel 117. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens trotz seriösem Nachweis:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,
> seit 1998 mitverantwortlich direkt an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners **mit nachgewiesenem Schaden von mind. 100.000 EUR**
> mitverantwortlich durch Beteiligung an teuflischer Mauer des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik, > mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk war in 1997 an einer Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Justizopfers interessiert, weil für **PHOENIX**, Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit erster Sendung in 1997, Sendeinhalte und Aufgabenbereiche für Redakteure gesucht wurde. Diese verwerfliche Planung konnte aus mehrfachen Gründen nicht erfolgreich sein, weil der Kanal die Themenbreite der Europäischen Congressmessen nicht umsetzen konnte, weil der Kanal auf den Verbrauchermarkt fokussiert ist und nicht auf den Innovationsmarkt mit Innovationstransfer, sodass mit der Zerschlagung der Congressmessen der Innovationsmarkt völlig eingebrochen ist und Innovationswachstum der Digital-Branche nach USA und Fernost ausgewandert ist.

Zusätzlicher Beweis durch hochqualifizierte Zeugenaussagen.

Sieh Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Alle Indizien zeigen den eindeutigen

Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde, wie z.B. den Zeitpunkt des Beginns mit Übergriffen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf das Justizopfer, mit Übergriffen bayerischer Verwaltung auf das Todesopfer:

Todesopfer der Sippenzerschlagung (Zerschlagung 2) ist der Bruder des Justizopfers: Wendelin Josef Ockl.

Seit 1998 musste das Todesopfer eine an Schärfe zunehmende Treib- und Hetzjagd durch das Landratsamt Tirschenreuth / Bayern und die Gemeinde Leonberg aushalten, die nach seinem Freitod in 2012 auf seinen einzigen Rechtsnachfolger, das Justizopfer, in NRW trotz Nachlassinsolvenz fortgesetzt wurde. Der Verstorbene war Inhaber mehrerer Immobilien, eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit ständigen Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen, CO²-freien Energieerzeugung.

Es geht um die Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Stammbaum bis in das 17. Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist. Der verstorbene Bruder hat die mit einer Wasserturbinenanlage betriebene Mühle in einen Bäckereibetrieb mit Wasserkraftanlage für Energieerzeugung im Jahr 1965 umgestellt und auf ausdrücklichen Wunsch und mit Unterstützung der Gemeinde ein Tourismus-attraktives Damwild-Gehege aus einer völlig verwilderten Bachlandschaft entwickelt. **Es war sein Lebenswerk.**

Der Bäckereibetrieb des verstorbenen Bruders mit über 40 Verkaufsstellen (hauptsächlich EDEKA) stand seit 1965, der Mühlenbetrieb / Lebensmittelbetrieb seit dem 17. Jahrhundert, das Damwild-Gehege seit Anfang der 1980er Jahre, jedoch das regionale **Fäkalienabwassernetz mit der Katastrophen-Pumpwerksanlage** unmittelbar daneben wurde im Jahr 2000 auf seinem

Hofgrundstück trotz massiver Gegenwehr des Todesopfers rücksichtslos, ohne ein Enteignungsverfahren, mit Manipulation von Grundstücksrechten durchgeboxt und aufgezwungen.

> > > <http://www.damwild-ockl.de>

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/Zertifikate.pdf>

Mit der Zerschlagung von Qualitätsbäckerei und Damwildgehege sollte der Weg für ein Wahlkampfprojekt freigemacht werden. **Wahlkampf-Projekt bayerischer Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung:**

Seit den 90er Jahren hat sich der verstorbene Bruder vergeblich dagegen gewehrt, dass auf **seinem** Hofgrundstück ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und auf Hygiene-Anforderungen seines qualifizierten Lebensmittelbetriebs

eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung

von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird.

Die Katastrophen-Pumpwerksanlage und ihre ständigen Emissionen waren Existenz bedrohend für den Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Das zivilgerichtliche Verfahren wurde mit Schriftsatz vom 6.Juli 2016 am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) wegen Fortsetzung der Zerschlagung in NRW mit erdrückender Beweislage eröffnet:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Eine erdrückende Beweislage im Umfang von 2 dicken ELBA-Ordern (insgesamt 10 Ordner mit zusätzlicher Internet-Dokumentation verteilt) wurde in 2016 / 2017 vorgelegt bei

Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat 2 BvR 628/17

Oberlandesgericht Düsseldorf, 18.Zivilsenat I-18 W 48/16

Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer 2 O 163/16

2 Exemplare (4 Ordner) an die **Beklagten**

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen

Doppelerschlagung / Sippenerschlagung ist ein Frontalangriff auf

Grundrechte. Der Missbrauch der Justiz in einem Rechtsstaat durch die beklagten staatlichen Täter ist endlich abzustellen.

**Zu 06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:
Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit
Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz
Daher sofortige Beschwerde mit
Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur
Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen:
Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa muss bis heute den
Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
ertragen:
Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
**bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
mit Zerschlagung der Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden**
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik
Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen
aus Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender
Gerichtsverfahren zu den beschriebenen Vorgängen**

Bei Missbrauch deutscher Justiz mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer
erdrückenden Beweislage, zu einer brutalen Doppelzerschlagung,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Justizopfers,
trotz Verlust eines Menschenlebens des Todesopfers,
trotz laufender Gerichtsverfahren zu längst nachgewiesenen Vorgängen:
Ablehnung jeder Kostenverantwortung ist grundrechtsgleiches Recht auf
Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG.

Mit einer lückenlosen Dokumentation im Congressmesse-Archiv des Justizopfers,
mit einer Internet-Dokumentation, die seit Beginn des Internets aufgebaut wurde,
ist alles nachweisbar.

Wie soll das weitergehen? **Kein Weiter so!**
**Kein Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mehr.**

Deswegen hat das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im Juni 2018
persönliche Briefe direkt an den Bundespräsidenten und
Bundesverfassungsgerichtspräsidenten geschrieben

> Persönliches Schreiben vom 10.Juni 2018 an den
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:


> Persönliches Schreiben vom 26.Juni 2018 an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 34)

Auch wenn im Jahr 2000 **Frank-Walter Steinmeier** als Chef des
Bundeskanzleramtes für die Durchführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und danach für die Beherrschung der furchtbaren Folgewirkungen (HARTZ IV,
Agenda 2010) verantwortlich war, so wurde daraus letztendlich das Werk
von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
von öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Institutionen, die selbst
rechtswidrige Maßnahmen nicht gescheut haben, um Vorteile aus den
Zerschlagungen zu ziehen (Zerschlagung 2 und 3).

Solange an **3 deutschen Gerichten**,
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14 aktuell)
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18 aktuell) und
> am Landgericht Wuppertal generell
mit laufenden Verfassungsbeschwerden rechtliches Gehör moniert
wird, zu politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen
Heimat, kapitalen Vermögensschäden, staatlich erzwungener
Altersarmut und Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte
**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa und trotz erdrückender Beweislage,**
ist jede Zwangsmaßnahme wie z.B. hier
die Eintreibung von Justizkostenforderungen wegen
Missbrauch deutscher Justiz durch und zum Schutz staatlicher Täter in
einem Rechtsstaat sowie der skrupellosen Durchsetzung mit einem
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss,
abzuwehrender Missbrauch von Staatsgewalt.

Das Justizopfer hat detailliert nachgewiesen, dass es nicht darum
geht, wozu die Zentrale Zahlstelle Justiz berechtigt ist,
sondern darum, dass der Auftrag einer Zwangsmaßnahme an die
Zentrale Zahlstelle Justiz zurückgenommen wird.
"Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber respektieren".
Um Beachtung wird gebeten.

Velbert, 16. Juli 2018



Albin L. Ockl

Laufende Verfassungsbeschwerden:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18. Mai / 18. Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 10. Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Anlage LGAG-2018/07

Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28. Juni 2018 (eingegangen am
05.07.2018)

Per Fax an 02051-945-200

**Amtsgericht Velbert
16 M 590/18**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

in Kopie an das
Landgericht Wuppertal, Beschwerdegericht zu
Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert,
42103 Wuppertal, Eiland 1, Fax 0202-498-3504

Velbert, 05.Aug. 2018

16 M 590/18

Zurückweisung der Justizkostenforderungen wegen
Missbrauch deutscher Justiz durch und zum Schutz staatlicher Täter in
einem Rechtsstaat sowie der skrupellosen Durchsetzung mit einem
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
nach verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer
erdrückenden Beweislage gegen

**politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
mit Zerschlagung der Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden**

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**
mit Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
hier mit Bezug zu Kosten der 2.Instanz (Prozesskostenhilfe in
1.Instanz) aus den Verfahren der sofortigen Beschwerden am
Oberlandesgericht Düsseldorf

von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)
und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

**Hier: Einspruch gegen den Beschluss vom 26.Juli 2018
(eingegangen am 31.07.2018) mit dem Rechtsmittel der
Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO**

Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 (eingegangen am
05.07.2018) und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der
Zwangsbmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

**07. Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 26.Juli 2018
wegen totaler Versagung
von rechtlichem Gehör nach §103 Abs.1 GG zu
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens,
mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Die sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 (eingegangen am 05.07.2018) und der Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank mit Antrag auf Prozesskostenhilfe wurde begründet mit den Kapiteln 01 bis 06 auf über 30 Seiten zusätzlich mit weiterführenden Hinweisen in einer professionellen Internet-Dokumentation:

Kapitel 01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden** im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 02. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist Teil eines **teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems** und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation** seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

Kapitel 03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht Aktuelle Hintergrundinformationen zu **Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts** Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010. Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

Kapitel 04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen in krassem Widerspruch zu > Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten als Zeugen: Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa **Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit** Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten zum großen Nutzen für Deutschland und Europa Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt zu den Zusammenhängen von gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010 zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kapitel 05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert: Alle Indizien zeigen den eindeutigen Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1) unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind

Kapitel 06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:

Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit
Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz

Daher sofortige Beschwerde mit

Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur
Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen:

Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa muss bis heute den

Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
ertragen:

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter**

Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

mit Zerschlagung der Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen aus
Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender Gerichtsverfahren zu den
beschriebenen Vorgängen

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der Internet-Doku mit
Unterstützung der Internet-Zugriffe:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Die gesamte Begründung der verantwortlichen Richterin:

"Die vom Schuldner zur Begründung der sofortigen Beschwerde
vorgetragene Gesichtspunkte sind nicht geeignet, eine gegenteilige
Entscheidung herbeizuführen."

Es wird mit keinem einzigen Wort begründet, warum die vorgetragenen
"Gesichtspunkte" nicht geeignet sind. Der Beschluss wird mit einer
inhaltsleeren Worthülse begründet. Der Beschluss hat tatsächlich
keine Begründung. Darüber hinaus:

Es ist in höchstem Maße diskriminierend, wenn

bundesweite Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens,
mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
als ungeeignete "Gesichtspunkte" dargestellt werden, mit denen das
Zerschlagungsopfer zum Schuldner ernannt wird, ohne auf die Täter
einzugehen.

Das Justizopfer hat detailliert nachgewiesen, dass es nicht darum
geht, wozu die Zentrale Zahlstelle Justiz berechtigt ist,
sondern darum, dass der Auftrag einer Zwangsmaßnahme an die
Zentrale Zahlstelle Justiz zurückgenommen wird.

**Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist ein Frontalangriff auf
das Grundgesetz. Zwangsmassnahmen gegen das Opfer sind in
einer unerträglichen Weise diskriminierend, solange rechtliches
Gehör zu einer erdrückenden Beweislage versagt wird.**

Daher ist der Beschluss vom 26.Juli 2018 (eingegangen am 31.07.2018) mit dem

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO zurückzuweisen.

Die sofortige Beschwerde ist überzeugend begründet.

Kein Weiter so!

Kein Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mehr.

Deswegen hat das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im Juni und im Juli /Aug. 2018 zwei persönliche Briefe direkt an den Bundespräsidenten und Bundesverfassungsgerichtspräsidenten geschrieben

> Persönliche Schreiben vom 10.Juni 2018 und 25.Juli 2018 an den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.**

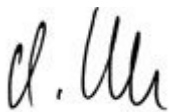
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

> Persönliches Schreiben vom 26.Juni 2018 und 03.Aug.2018 an den **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Velbert, 05.Aug. 2018



Albin L. Ockl

Laufende Verfassungsbeschwerden:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Anlage LGAG-2018/07-2

Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018 (eingegangen am 31.07.2018)

Per Fax an 0202-498-3502

**Landgericht Wuppertal
16 T 194/18**

**Eiland 1
42103 Wuppertal**

Velbert, 25.Feb.2019

**16 T 194/18 (16 M 590/18 Amtsgericht Velbert)
Zurückweisung und Rückerstattung der Justizkostenforderungen
zu verfassungswidrigen Verfahren einer Zerschlagungsjustiz:
Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer
gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen und
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen**

**Hier: Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019
(eingegangen am 13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der
Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO zu**

Sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018

Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank mit Vollstreckung von
Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am Oberlandesgericht
Düsseldorf wegen Untätigkeit zu
verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal
von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)
und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

**Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke
als Einzelrichter nach §42 ZPO
Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

Begründung in fortlaufender Nummerierung:

08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:

Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer und einzigen Rechtsnachfolgers des verstorbenen Zerschlagungsopfer bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal getoppt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen

09. Gigantische Branchenverteilungs- und Zerschlagungspolitik:

Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung, mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa. Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt
gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt
23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8
Mit heimtückischer Branchenverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

**Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:
Mauer des Schweigens seit 1998**

10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren

Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

Detaillierte Ausführungen zusätzlich in der Internet-Doku mit Unterstützung der Internet-Zugriffe:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

**Zu 08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden
und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit
Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer
gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen und
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Todesopfer in 2012 und
mit kapitalen Vermögensschäden des
lebenden Zerschlagungsopfer und einzigen Rechtsnachfolgers
des verstorbenen Zerschlagungsopfer
bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter
dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat
am Wohnort und am Geburtsort,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht
Wuppertal getoppt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen**

Verfassungswidrige Verfahren, besonders am Landgericht Wuppertal,
haben das Zerschlagungsopfer zum Täter (Schuldner) diskriminiert.
Die ungeheuerlichen Vorgänge der politisch motivierten
Sippenzerschlagung des Zerschlagungsopfers sind ein Frontalangriff
auf seine Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte im deutschen
Grundgesetz. **Rechtsanwendungen in Gerichtsverfahren ohne
Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör sind derart
verfassungswidrig,**
besonders am Landgericht Wuppertal, weil ein zusätzlicher Verstoß
gegen das Grundgesetz in Gerichtsverfahren des Landgerichts gemäß
Art.34 Satz 3 GG:

"Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der
ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden." Das
Zerschlagungsopfer wurde auf Verwaltungsgerichte abgeschoben, weil
das Landgericht nur für eine Zerschlagungsjustiz verfügbar war.

Grundlage des deutschen Rechtsstaats ist das Grundgesetz.
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung ist der Respekt vor dem
Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
**Der Beklagte ist nicht der Täter, sondern das zu respektierende
Opfer:**

Lebendes Opfer von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer.

**Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist das Ergebnis einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 und**

unter Verantwortung einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, die mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung eine kriminelle Zerschlagungspolitik immer noch fortsetzt,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa, trotz erdrückender, Ordner-Reihen füllender Beweislage zu Schadenersatz-Anspruch in 2-stelliger Millionenhöhe mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010 und trotz umfangreicher juristischer Anstrengungen für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010, ohne Versicherungsleistungen sozialer Pflichtversicherungen seit 2010.

Verfassungswidrige Rechtsanwendungen der politisch motivierten Zerschlagungsjustiz betreffen folgende Kammern des Landgerichts Wuppertal:

(unvollständige Übersicht auf Hauptverfahren reduziert)

> 2.Zivilkammer

verantwortlich für Verfahren politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verfassungswidriger Niederschlagung des Klage 2 O 70/15 des lebenden Zerschlagungsopfers gegen die Bundesrepublik Deutschland (Zerschlagung 1)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

mit verfassungswidriger Niederschlagung des Klagen 2 O 163/16 gegen den Freistaat Bayern als einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers (Zerschlagung 2)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

(Deutsche Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung werden dominiert von der regierenden CDU/CSU mit Weisung an eine bundesweit tätige Staatsanwaltschaft)

> 6.Zivilkammer

mit dem Beschwerdeverfahren 6 T 296/11 wegen Zwangsversteigerung des Geschäftshauses am Amtsgericht Velbert (Zerschlagung 1)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP.pdf>

> 7.Zivilkammer

mit dem Gerichtsverfahren 7 O 314/12 gegen klagende Krankenversicherung Debeka (Zerschlagung 4) ohne Versicherungsleistung seit 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

> 16.Zivilkammer

mit mehreren Beschwerdeverfahren mit verfassungswidriger Anhörungsresistenz, indem alle Beschwerden durch politisch motivierte Sippenzerschlagung verursacht sind, hier **16 T 194/18**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

> 6.Strafkammer

mit Eskalation zu 1.Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch in 2014 (26 Qs 146/13, Zerschlagung 5) einschließlich Korrespondenz mit dem Präsidenten des Landgerichts Wuppertal Dr. Schulte und eines Richters Mielke in 2014

mit Eskalation zu 2.Freiheitsberaubung mit psychischer Folter in 2018 (26 Qs 82/18 und 26 Qs 22/18, Zerschlagung 5) unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft wegen staatlich erzwungener Altersarmut

Alle Gerichtsverfahren seit 2010 sind durch politisch motivierte Sippenzerschlagung verursacht. Weitere Gerichtsverfahren sind rechtshängig am
Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14 gegen die Bundesregierung,
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Mittäter, Zerschlagung 3),
Sozialgericht Düsseldorf (S39 P 231/12, S 39 P 19/19)

Das Zerschlagungsopfer musste wiederholte Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank in der JVA ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten in der JVA nur unglaublich staunen, alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1. Instanz begründet wurde.
Polizisten verhöhn Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich **deutsche Justiz auch noch für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies** im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden für das noch lebende Zerschlagungsopfer.

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht sogar begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsopfer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsopfer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung rechtsstaatlicher Enteignungsverfahren. Eine politisch motivierte Zerschlagungsjustiz an Landgerichten ist unerträglich.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden

ist Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod (2012) und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1) mit Zerschlagung seines Geburtshauses (heute Zerschlagungs-Ruine) eines alteingesessenen Müllergeschlechts mit Dokumentation bis zum Westfälischen Frieden im 17. Jahrhundert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier**, die Umsetzung der desaströsen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Es ist nicht weiter hinnehmbar, wenn sich Frank-Walter Steinmeier persönlich hinter dem zu respektierenden Amt des Deutschen Bundespräsidenten versteckt. Eine gerichtlich verwertbare Stellungnahme zu den 23 Wahrheiten gemäß Anlage LGAG-2019-02 ist unverzichtbar.

Zu 09. Gigantische Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik:
Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung,
mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost,
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker
schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe
nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Kein Weiter so

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt
gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt
23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8
Mit heimtückischer Branchenumverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:
Mauer des Schweigens seit 1998

Anlage LGAG-2019-01

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15. Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags

Anlage LGAG-2019-02

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Anlage von 23 Wahrheiten
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Aus aktuellem Anlass:

5G-Mobilfunknetze brauchen neue Frequenzen, die gemäß deutschem TKG (Telekommunikationsgesetz) an Netzbetreiber versteigert, aber auch in anderer Weise zugeordnet werden können. Auktionen haben die Aufgabe der Frequenz-Zuordnung, können aber mit der Höhe des Auktionsbetrages **für kriminelle Monster-Markteingriffe** missbraucht werden. So in Deutschland.

Bei der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für 3G-Mobilfunknetze (1.Auktion) wurde mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd €) der Missbrauch des TKG maximiert und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen eine kriminelle Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik heimtückisch umgesetzt, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) und unter der Amtszeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

In späteren Auktionen wurde der Auktionsbetrag auf ca.10% des 1.Auktion trotz Versteigerung größerer Frequenzbereiche gesenkt. Die verheerenden Folgewirkungen der 1.Auktion in Deutschland dauern bis heute an, weil eine mit der Automobilwirtschaft abgestimmte Umverteilung von der Digital-Branche zur Automobil-Branche seit 1998 politische Zielsetzung war. Die Abstimmung war geheim und nicht öffentlich.

Politische Zielsetzung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in der Digital-Branche zu einem katastrophalen Desaster mit HARTZ IV und Agenda 2010 geführt hat.

Die Branchenumverteilung zugunsten der Automobilbranche wurde heimtückisch mit einer Menschenrechte verachtenden Zerschlagungsjustiz gegen private, ahnungslose Unternehmer unter Steuerung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft nicht nur mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen durchgesetzt.

Ein normal denkender Staatsbürger kann sich gar nicht vorstellen, dass mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe eine politisch motivierte Sippenzerschlagung für zusätzliche Zielsetzungen missbraucht wurde, **mit staatsanwaltschaftlicher Steuerung.**

Die betroffene Staatswirtschaft wurde sozialverträglich abgewickelt und entschädigt. Dies trifft inzwischen auch auf die Weltmesse CeBIT zu, die trotz einem Verlustausgleich durch staatliche Anteilseigner in Höhe von 250 Mio € in 2018 zum letzten Mal durchgeführt wurde.

Bei privaten Unternehmern (Zerschlagungsoffer) wurde trotz systemrelevanter Weltklasse-Höchstleistungen gleich die ganze Sippe ausgerottet und liquidiert:

Das Geburtshaus des Zerschlagungsoffers mit Betriebsgebäude ist nur noch die Zerschlagungs-Ruine eines alteingesessenen Müllergeschlechts mit Dokumentation bis zum Westfälischen Frieden im 17.Jahrhundert, eine dazu gehörende Mietimmobilie musste zwangsverkauft werden im Zuge einer Nachlass-Insolvenz, die Tiere eines Damwild-Geheges wurden notgeschlachtet.

Staatsanwälte steuern jetzt soziale und psychische Zerschlagung mit asozialen, rechtswidrigen und verfassungswidrigen Gerichtsverfahren auf parallelen Verfahren des Sozialgerichts Düsseldorf und des Landgerichts Wuppertal.

Das noch lebende Zerschlagungsoffer hat in einer Presseinformation die ungeheuerlichen Vorgänge in Form von 23 Wahrheiten in der Anlage zusammengestellt, auf die er sich bei weiteren Ausführungen immer wieder beziehen wird. Sie sind als Teil weiterer Ausführungen Bestandteil dieses Beschwerdeverfahrens.

Zu 10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren

Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

Das Landgericht Wuppertal ist Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen Gerichtsverfahren.

Sieh Kapitel 08 "verfassungswidrige Rechtsanwendungen betreffen folgende Kammern des Landgerichts Wuppertal:

(unvollständige Übersicht nur zur Orientierung)

> 2.Zivilkammer

verantwortlich für Verfahren politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verfassungswidriger Niederschlagung (Rechtsanwendung ohne Respektierung der Grundrechte)

der Klagen 2 O 70/15 und 2 O 163/16 des lebenden Zerschlagungsopfers gegen die Bundesrepublik Deutschland und gegen den Freistaat Bayern (Zerschlagungen 1 und 2)"

Das herausragende Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa war einziger

Grund für politisch motivierte Zerschlagungen: Warum?

Sieh Wahrheit 13, 14 und 15 in

Anlage LGAG-2019-02

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Anlage von 23 Wahrheiten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Scroll down after link (page 15)

Es ist derart pervers: Weil das Zerschlagungsopfer mit seinen Congressmessen das Innovationswachstum professionalisiert hat, wurde seine Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe politische Zielsetzung:

"Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers hatten aus Sicht der IG Metall eine unerwünschte Qualifikation, weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde."

Es ist derart pervers: In der 2.Zivilkammer wurde mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden, Ordner füllenden Beweislage eine erfolgreiche Durchführung der Klageverfahren der politisch motivierten Sippenzerschlagung verhindert. Die sofortigen Beschwerden zu den beiden Verfahren in der 2.Zivilkammer wurden mit Untätigkeit des Oberlandesgerichts Düsseldorf niedergeschlagen: Verfahren **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)
Verfahren **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

Die Gerichtskosten aus den sofortigen Beschwerden am untätigen Oberlandesgericht Düsseldorf wurden vom Amtsgericht Velbert mit Kontopfändung vollstreckt trotz laufender Beschwerde an der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal. Toller geht es nicht.

Sieh **Anlage LGAG-2019-03**

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 18.April 2018 mit Zurückweisung vom 10.Mai 2018 und Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto vom 8.Aug.2018 und 04.Sept.2018 trotz laufender Beschwerde zum Beschluss des Amtsgerichts vom 28.Juni 2018 an der 16.Zivilkammer.

Die 16.Zivilkammer beschließt mit einem 10-zeiligen Text des Vizepräsidenten und Einzelrichters Mielke im Beschluss vom 18.Jan.2019 die Zurückweisung der der sofortigen Beschwerde auf Kosten des Zerschlagungsopfers, das in 10 Zeilen mehrfach als Schuldner diskriminiert wird:

Das Opfer ist mit Sicherheit kein Täter, sondern das

noch lebende Zerschlagungsopfer

politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit Todesopfer und mit kapitalen Vermögensschäden und

Justizopfer von verfassungswidrigen Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal.

Das Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts

Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in 2xFreiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO im Umfeld einer verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Zerschlagungsjustiz am Landgericht Wuppertal

wird hiermit eingereicht. Nachweis in **Anlage LGAG-2019-04:**

Schreiben von Richter am Landgericht Mielke vom 07.11.2014 (Az.

3132E-2591) als Nachweis, dass der heutige Vizepräsident des

Landgerichts Mielke bereits in die 1.Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erziehungshaft gegen das Zerschlagungsopfer involviert war als Beleg für Ablehnungsgesuch mit Nennung eines Grundes gemäß §44 Abs.4 ZPO.

Nach dem Schreiben von Richter am Landgericht Mielke vom

07.11.2014 folgten weitere Schreiben des Präsidenten am Landgericht

Dr.Schulte und des Vorsitzenden Richters Jung, die wenig hilfreich

waren und das Gerichts-unerfahrene Zerschlagungsopfer gezwungen

haben, ein Klageerzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht anzustrengen, um den Missbrauch von Strafverfahren durch eine Zerschlagungsjustiz aufzuzeigen.

Missbrauch von Staatsgewalt, Missbrauch von Strafjustiz inkl.

Kommunikation mit dem Präsidenten des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Klageerzwingungsverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof (Antrag auf Rechtsbeschwerde und anschließende Verfassungsbeschwerde)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Tiefste Besorgnis der Befangenheit ist begründet wegen Verwicklung des Vizepräsidenten und Einzelrichters Mielke in eine verfassungswidrige, Menschenrechte verachtende Zerschlagungsjustiz mit katastrophalen Auswirkungen einer hemmungslosen Sippenzerschlagung bis nach Bayern am Landgericht Wuppertal.

Einer skrupellosen Staatsanwaltschaft die Grenzen aufzuzeigen, um die Grundrechte wehrloser Zerschlagungsopfer zu schützen, ist vornehmliche Aufgabe eines Landgerichts. Die Befangenheit des Einzelrichters ist nicht überwindbar, indem er das wehrlose Zerschlagungsopfer zum wiederholten Male mit 10 Textzeilen mehrfach zum Täter diskriminiert, dem wehrlosen Zerschlagungsopfer schuldhaftes Versagen auf seine Kosten vorwirft, ohne überhaupt informiert zu sein, wie politisch motivierte Sippenzerschlagung zustande gekommen ist, obwohl er ständig darauf hingewiesen und umfangreich informiert worden ist.

Es ist ungeheuerlich, dass die Kontopfändung auf dem Pfändungsschutzkonto parallel zum Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und am Landgericht Wuppertal durchgezogen wurde und nicht einmal das Verfahrensende abgewartet wurde:

Sieh Anlage LGAG-2019-03

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 18. April 2018 mit Zurückweisung vom 10. Mai 2018 und Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto vom 8. Aug. 2018 und 04. Sept. 2018.

Kein Weiter so! Daher

> **Einspruch** gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18. Jan. 2019 **mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge** nach §321a ZPO an die 16. Zivilkammer und

> **Antrag auf unverzügliche Rückerstattung** der Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf das Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers.

**Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:
Mauer des Schweigens seit 1998**

Kein Weiter so! Daher:

Antrag an das Landgericht Wuppertal auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier

wegen seiner politischen Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999-2005 mit krimineller Durchsetzung seiner beklagten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik gegen die Sippe des Zerschlagungsopfers und die Fortsetzung mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.

Immunitätsaufhebung von

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist beantragt:

Beim Präsidenten des Deutschen Bundestags

(Anlage LGAG-2019-01 und Anlage LGAG-2019-02)

beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und

beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) und in Kopie

an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)

mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und

mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des Bundesverfassungsgericht wurden darüber hinaus persönlich und amtlich informiert. Mit Schreiben vom 15. Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags wurde die Immunitätsaufhebung auch im Deutschen Bundestag beantragt: Sieh **Anlage SGD2-2019-01**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15. Januar 2019 an den Bundestagspräsidenten

⊗ Warum schweigt der deutsche Bundespräsident?

23 Wahrheiten gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens.

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 - 2005.

Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wahrheit 04: Anlage LGAG-2019-02 Seite 10

Das noch lebende Zerschlagungsoffer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10. Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25. Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.

Das Zerschlagungsoffer:

"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag im Rahmen der Rehabilitierung beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder nach seiner Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."

Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 06: Anlage LGAG-2019-02 Seite 10

Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und

Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000

Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze,

in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),

in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)

Fortsetzung: Sieh ab Wahrheit 11: Anlage LGAG-2019-02 Seite 13

Das Landgericht Wuppertal hat eine Vielzahl von Gründe, den Missbrauch einer katastrophalen, Menschenrechte verletzenden Zerschlagungsjustiz endlich einzustellen und alle hier gemachten Anträge des Zerschlagungsopfers im Zuge einer Wiedergutmachung zu bescheiden.

Velbert, 25.Feb.2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage LGAG-2019-01

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags

Anlage LGAG-2019-02

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Anlage von 23 Wahrheiten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Anlage LGAG-2019-03

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 18.April 2018 mit Zurückweisung vom 10.Mai 2018 und Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto vom 8.Aug.2018 und 04.Sept.2018

Anlage LGAG-2019-04

Schreiben von Richter am Landgericht Mielke vom 07.11.2014 (Az.3132E-2591) als Nachweis, dass der heutige Vizepräsident des Landgerichts Mielke bereits in die 1.Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft gegen das Zerschlagungsoffer involviert war als Beleg für Ablehnungsgesuch mit Nennung eines Grundes gemäß §44 Abs.4 ZPO

Anlage LGAG-2018/07-2 im Schriftsatz vom 05.Aug.2018

Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018 (eingegangen am 31.07.2018)

Anlage LGAG-2018/07 im Schriftsatz vom 16.Juli 2018

Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28.06.2018 (eingegangen am 05.07.2018)

Legende

Schriftsatz vom 16.Juli 2018 an das Amtsgericht Velbert mit Sofortiger Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 vom 28.Juni 2018 und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem politisch motivierter Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit Zerschlagung der Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden**

im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

02. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist

Teil eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert

mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert

mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

in krassem Widerspruch zu

> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten als Zeugen:

Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert:

Alle Indizien zeigen den eindeutigen

Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung

unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1)

unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den

Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind

06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:

Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit

Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz

Daher sofortige Beschwerde mit

Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen:

Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa muss bis heute den

Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem ertragen:

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter**

Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

mit Zerschlagung der Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen aus

Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender Gerichtsverfahren zu den beschriebenen Vorgängen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Schriftsatz vom 05.Aug.2018 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen den Beschluss vom 26.Juli 2018 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18 des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank

07. Einspruch gegen

Beschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 26.Juli 2018

wegen totaler Versagung

von rechtlichem Gehör nach §103 Abs.1 GG

zu extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter,
politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens,
mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>
Scroll down after link (page 29)

**Schriftsatz vom 23.Feb.2019 an das Landgericht Wuppertal
mit Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019 (eingegangen am
13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
gemäß §321a ZPO
mit Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto
mit Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als
Einzelrichter nach §42 ZPO
mit gerichtlichem Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:

Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und
bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit
Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer
gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen und
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Todesopfer in 2012 und
mit kapitalen Vermögensschäden des
lebenden Zerschlagungsopfer und einzigen Rechtsnachfolgers des
verstorbenen Zerschlagungsopfer
bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat
am Wohnort und am Geburtsort,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal
getoppt

**trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch
motivierter Zerschlagungen**

09. Gigantische Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik:

*Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung,
mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost,
Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker
schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe
nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so*

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt
gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt
23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8

*Mit heimtückischer Branchenverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat,
soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt: Mauer
des Schweigens seit 1998*

10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter
Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte
verachtenden Gerichtsverfahren
Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem
Rechtsmittel der Anhörungrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer
Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des
Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers
Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als
Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der
Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO
Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf
Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung
seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des
Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)